

Rede von
Landrat Michael Kreuzberg
anlässlich des
Tages der Deutschen Einheit
Mittwoch, 03. Oktober 2018, 11.00 Uhr,
Pulheim-Brauweiler

- Sperrfrist: Beginn der Rede -
- Es gilt das gesprochene Wort –

Lieber Hermann Schmitz,

sehr geehrte Damen und Herren,

wir feiern heute den 28. Tag der Deutschen Einheit. Deutschland begeht ein Jubiläum, das uns an die Überwindung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert erinnert. Das Ende der DDR und die Wiedervereinigung unserer geteilten Nation in Frieden und Freiheit sind zweifelsohne ein Anlass zu feiern. Heute vor 28 Jahren ist zusammengekommen, was zusammen gehört.

Die offiziellen Feierlichkeiten zum heutigen Tag finden in diesem Jahr in Berlin selbst statt. In jener Stadt also, die nicht erst seit dem Mauerbau die Künstlichkeit, die Zerrissenheit, den Schmerz der Teilung Deutschlands durchlitt wie keine andere. Natürlich steht Berlin symbolhaft für die Teilung Deutschlands und die Isolation des ehemaligen kommunistischen Machtblocks. Das Leid der getrennten Familien und der Schmerz der Angehörigen der Grenztoten sind den Betroffenen und Angehörigen bis heute sehr präsent. Sie sind nicht nur symbolisch, sie sind vielen noch allzu real.

Deswegen ist es wichtig, dass auch außerhalb des offiziellen Zeremoniells an Ursachen und Folgen der Teilung erinnert wird. Bei Festakten wie diesem in Brauweiler und vergleichbaren Veranstaltungen in unserem Kreis und in ganz Deutschland begehen wir mit angemessenem und mit berechtigtem Stolz unseren Nationalfeiertag. Der Tag der Deutschen Einheit ist ein Tag der Freude für alle Menschen, die in unserem Land leben. Dabei vergessen wir nie, was Anlass dieser

Teilung war: Ohne den Vernichtungsfeldzug der Nationalsozialisten hätte es keine zwei deutschen Staaten gegeben!

Meine Damen und Herren,

der 3. Oktober 1990 steht stellvertretend für eine weltpolitische Zeitenwende, die zwischen dem Frühjahr 1989 und dem Herbst 1990 stattfindet. Die meisten der hier Anwesenden sind Zeitzeugen des Zusammenbruchs der bipolaren Weltordnung, welche die längste Zeit des letzten Jahrhunderts andauert und von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion dominiert wird. Zwar stellt Deutschland gezwungenermaßen den Frontstaat des Kalten Krieges dar, und das geteilte Berlin ist das globale Symbol des menschenverachtenden Kampfs der Systeme, doch dürfen wir nicht vergessen, dass der Eiserne Vorhang zu seiner Zeit ganz Osteuropa in der Gefangenschaft der diktatorischen Sowjetunion hält.

Wenn ich sage, „die meisten“ von Ihnen sind Zeitzeugen, bedeutet das auch, dass ein signifikanter Anteil unserer Bevölkerung nicht erlebt hat, wie es ist, Berlin nur nach Passieren einer eher unheimlichen Grenzkontrolle erreichen zu können. Wenn wir uns nächstes Jahr am 3. Oktober treffen, wird die Mauer länger gefallen sein als sie stand! Fast 30 Jahre Einheit führen uns vor Augen, dass eine gesamte Generation junger Deutscher, vom Säugling bis zum jungen Erwachsenen, Deutschland und Europa nur in seiner jetzigen grenzenlosen Freizügigkeit kennt.

Meine Damen und Herren,

ich verwende den Begriff der „Grenzenlosigkeit“ an dieser Stelle ganz bewusst. Sie alle wissen um die höchst angespannte Lage in Europa. Die Frage der Sicherung der Außengrenzen und der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Union ist inzwischen zur Gretchenfrage des europäischen Projekts geworden.

Auch in Deutschland ist die Frage unserer Integrationsfähigkeit in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung getreten. In Gestalt der AfD ist im rechten Spektrum der Parteienlandschaft eine neue Kraft entstanden, die monothematisch nur von den

negativen Folgen der Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge profitiert. Alles andere blendet sie aus, in einer Starrsinnigkeit, die pathologische Züge annimmt.

Wir können nun lange streiten, welchen Beitrag die etablierten Parteien und auch unsere CDU in den vergangenen Jahren – besonders in den vergangenen Wochen – am Aufstieg dieser Partei hatten. Wichtiger ist es mit aber, Lösungsansätze zu dieser Entwicklung aufzuzeigen, die den Begriff „Alternative“ wirklich verdienen.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich den 3. Oktober daher zum Anlass nehmen, den heutigen Tag auch dafür zu nutzen, eine Zwischenbilanz und historische Einordnung der Wiedervereinigung aus meiner Sicht vorzunehmen.

Im Folgenden gebe ich Ihnen zunächst einen kurzen Überblick über die Vorgänge, die zum 3. Oktober 1990 geführt haben. Der Überblick soll einerseits dazu dienen, die europäische Dimension der Wiedervereinigung klar zu benennen – und damit uns allen wieder aufzuzeigen, wie wichtig dieser Kontinent als politische Idee ist. Neben dieser europäischen Perspektive will ich aber auch die herausragende Rolle des damaligen Kanzlers und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl würdigen. Als Partei der Einheit dürfen wir auch heute noch stolz darauf sein, was die CDU und Ihre Politiker damals geleistet haben.

Es war Helmut Kohl – maßgeblich unterstützt vom amerikanischen Präsidenten George Bush dem Älteren – dem es gelang, gegen anfängliche Widerstände einen international abgestimmten und akzeptierten Pfad zur Vereinigung unserer Nation zu ebnen. Wiewohl die Lebensleistung Helmut Kohls auch fragwürdige Facetten besitzt, in der Rückschau der Generationen wird er als Kanzler der Einheit in Erinnerung bleiben.

Meine Damen und Herren,

die Teilung Deutschlands und die Teilung Europas sind untrennbar miteinander verbunden. Das Dritte Reich und das schlimmste Verbrechen der Menschheitsgeschichte – die Vernichtung des europäischen Judentums und weiterer als „lebensunwert“ angesehener Bevölkerungsgruppen – sind *conditiones sine qua*

non der deutschen und europäischen Teilung. Es stellt im Nachhinein aber ebenso eine historisch-logische Konsequenz dar, in die nicht jeder zu dieser Zeit Vertrauen hatte, dass wir die Überwindung der Teilung und die Aussöhnung in Frieden und Freiheit ebenfalls nur gemeinsam mit den europäischen Völkern begehen können. Einer der größten deutschen Christdemokraten hatte diese Einsicht wohl von Anfang an im Kalkül: Konrad Adenauer.

Im Sommer 1989 nehmen die Ereignisse in Ost- und Mitteleuropa Fahrt auf. Anfang Juni gewinnt die Solidarność-Bewegung in Polen die ersten, weitgehend freien Wahlen, womit das Land faktisch aus dem Warschauer Pakt austritt.

Der Eiserne Vorhang öffnet sich jedoch weiter südlich: In Ungarn beginnt die Regierung im Mai damit, die Grenzanlagen zu Österreich abzurüsten. Das Paneuropäische Picknick an der österreichisch-ungarischen Grenze, organisiert von dem CSU-Europa-Abgeordneten Otto von Habsburg und dem ungarischen Staatsminister und Reformler Imre Poszgay im August '89 ist ein Vorgeschmack auf die endgültige Öffnung der Grenze am 11. September. Welche Ironie des Schicksals ist es, dass ausgerechnet die ungarische Regierung heute diejenige innerhalb der Europäischen Union ist, die sich am striktesten einer europäischen Lösung der Flüchtlingsfrage verweigert.

Währenddessen beginnt sich auch die Situation für das geteilte Deutschland zu verändern. Die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen, insbesondere in Person der Protagonisten Kohl und Gorbatschow, verbessern sich. Gleichzeitig sehen die USA als westliche Schutzmacht den europäischen Wirtschaftsgiganten Deutschland zunehmend als „partner in leadership“.

Die DDR hingegen verharrt unter dem greisen SED-Vorsitzenden Honecker in ihrer kompromisslosen Haltung. In völliger Verkennung des historischen Wandels in den benachbarten Staaten und sogar in der Sowjetunion selbst, verweigert sich die DDR allen Reformbestrebungen. Das Volk der DDR reagiert darauf eindeutig: Zum einen setzt die Massenflucht ostdeutscher Staatsbürger über die löchrigen Grenzen Ungarns und der Tschechoslowakei ein. Den vorläufigen Höhepunkt stellt im September 1989 die Ausreise der 17.000 ostdeutschen Flüchtlinge dar, die sich in die Prager Botschaft der Bundesrepublik geflüchtet haben. Unvergessen sind die

Aufnahmen von Hans-Dietrich Genscher, dessen frohe Kunde im Jubel der Massen fast vollkommen untergeht.

Währenddessen verfolgen die westlichen Siegermächte und die Bundesregierung unter Kohl die Situation in allen Staaten des Warschauer Paktes mit größter Aufmerksamkeit und Sorge. Wichtigstes Ziel in dieser Phase ist es, die Situation in den reformorientierten Staaten so stabil zu halten, dass es nicht zu einer „chinesischen Lösung“ kommt. Die Regierung in Peking beendet bekanntlich im Juni Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens „unter Einsatz der Armee“. Das erbarmungslose und menschenverachtende Vorgehen kostete vermutlich mehrere tausend Menschen das Leben. Bis heute werden die genauen Opferzahlen von der chinesischen Regierung unter Verschluss gehalten.

Der deutsche Kanzler und seine Regierung befinden sich in einer besonderen Lage. Einerseits bestehen selbstverständlich Sympathien für die Demonstranten und ihre Ziele, andererseits will man nichts tun, was den Einsatz der Roten Armee oder der Volksarmee provoziert. So bietet Helmut Kohl der DDR-Regierung Wirtschaftshilfen unter der Bedingung freier Wahlen und der Freizügigkeit an. Auf diese Weise soll die DDR wirtschaftlich stabilisiert und den Bürgerinnen und Bürgern der Grund zur weiterhin illegalen und gefährlichen Flucht genommen werden.

Doch es kommt ganz anders: Mit dem unbeabsichtigt-beabsichtigten Mauerfall, den Günter Schabowski mit seiner legendären Pressekonferenz am 9. November 1989 herbeiführt, tritt die deutsche Revolution in eine neue Phase ein.

Plötzlich stellt sich in und für Deutschland die nationale Frage eines geteilten Volkes, was bedeutet, dass die Existenz der DDR als Staat zur Diskussion steht.

Und die Sicht der Europäer? Ein vereinigt Deutschland würde mit 80 Millionen Einwohnern zum größten Staat Kerneuropas, deutlich größer als Großbritannien, Frankreich oder Italien. Angesichts der deutschen Geschichte stellt sich diese Aussicht für viele der inzwischen zu Verbündeten gewordenen ehemaligen Kriegsgegner nicht nur als verlockende Aussicht dar.

Helmut Kohl und seine Regierung müssen also auf die neuen Zustände in der DDR umsichtig reagieren und ebenso agieren, obwohl sie zu einem guten Teil selbst Getriebene der Ereignisse sind. Rund um den Jahreswechsel 1990 beschleunigt sich

der Prozess entscheidend und entwickelt sich – visionär begleitet von Helmut Kohl – immer klarer in Richtung Wiedervereinigung; von einem „Dritten Weg“ ist relativ schnell keine Rede mehr. Mit seinem 10-Punkte-Programm entwickelt Helmut Kohl noch im November 1989 eine mittelfristige Perspektive, nach welcher die beiden deutschen Staaten innerhalb von wenigen Jahren vereinigt werden sollen. Obwohl Kohl mit seinem klaren Programm Richtung Einheit die Meinungsführerschaft in der deutschen Politik und auch gegenüber den ausländischen Regierungschefs übernimmt, wird auch sein Plan von der Realität eingeholt. Für mehrjährige Planungen gibt es bald keine Grundlage mehr:

Mit der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, bei der sich die überwältigende Mehrheit der Wählerinnen und Wähler für die neugegründeten Ableger der westdeutschen Parteien entscheidet, spricht sich die Bevölkerung in freier Selbstbestimmung faktisch für die Wiedervereinigung aus.

Die Regierung unter Lothar de Maizière, die letzte und einzige demokratische der DDR, spielt in den folgenden Monaten keine bedeutende Rolle mehr. Auch die Initiatoren der Massenproteste, die das System nachhaltig destabilisiert haben, sind nach der Volkskammerwahl weitgehend ohne politische Bedeutung.

Die Volkskammer beschließt bereits am 23. August 1990 grundsätzlich, der Bundesrepublik nach Art. 23 GG beizutreten und die Einheit Deutschlands damit im Sinne der Präambel des Grundgesetzes abzuschließen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden allerdings auf anderer Ebene festgezurrt: Zwei große Vertragswerke führen die äußere und die innere Einigung herbei.

In Verhandlungen auf der höchsten politischen Ebene, zwischen der Bundesregierung und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, die de jure immer noch die Letztentscheidungskompetenz über das Schicksal Deutschlands besitzen, entscheidet sich der weitere Fortgang der nationalen Geschichte unseres Landes.

In den 2+4-Gesprächen treffen die beiden deutschen Staaten die abschließenden Vereinbarungen mit den vier Siegermächten, die am 12. September in Moskau ratifiziert werden. Der Vertrag sichert Deutschland die Wiedererlangung seiner vollen Souveränitätsrechte, die bis zu diesem Zeitpunkt bei den Siegermächten liegen.

Nach innen wirkt der alleine zwischen der Bundesrepublik und der DDR ausgehandelte Einigungsvertrag, der das Wirtschafts-, Sozial- und Rechtssystem der Bundesrepublik auf die neuen Bundesländer überträgt. Beide deutschen Parlamente stimmen ihm am 20. September 1990 zu.

Heute vor 28 Jahren vereinigt sich das nach dem Krieg geteilte Deutschland und erfüllt damit das Staatsziel des Grundgesetzes in seiner alten Fassung: Wie die Präambel es bestimmt, vollendet das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands.

Meine Damen und Herren,

wie stellt sich uns nun die Zwischenbilanz nach 28 Jahren Einheit dar?

Die innere Einigung des neuen Deutschlands beginnt zu dieser Zeit erst. Die neuen Bundesländer liegen wirtschaftlich und infrastrukturell noch weiter hinter der Bundesrepublik zurück, als alle Zeitgenossen es schon befürchtet haben. Helmut Kohls Bonmot von den zukünftig „blühenden Landschaften“ genießt selbst heute noch einen gewissen Stellenwert in der einen oder anderen Diskussion. Doch mit einem unpräzisen, realistischen Blick erweist sich sein Versprechen nicht unbedingt als unerfüllt. Im Gegenteil, viele der größeren Städte, insbesondere in Sachsen und Thüringen, haben den Strukturwandel erfolgreich vollzogen. Ländliche Regionen leiden auch in Westdeutschland unter dem demografischen Wandel und wirtschaftlich schwachen Strukturen. Dies ist ein Phänomen unserer Lebens- und Wirtschaftsrealität und weniger ein Spezifikum der neuen Bundesländer.

Meine Damen und Herren,

der Mainzer Historiker Andreas Rödder weist mit Recht auf einen anderen Aspekt hin, der im Einigungsprozess zu kurz kommt: die unterschätzten sozialen und psychologischen Dimensionen der Einigung. Den Ostdeutschen wird „ein doppelter Sprung“ abverlangt. Neben dem Sprung in die Marktwirtschaft trifft sie besonders der Sprung in die „pluralisierte Postmoderne“, den die ostdeutsche Bevölkerung wie einen Urknall erlebt. Während sich in Westdeutschland, das Dasein seit gut vierzig Jahren in einer freien Gesellschaft einübt und es gelernt hat, sich darin zurecht zu finden, stürzen die sich überschlagenden Ereignisse die in Ostdeutschland Lebenden

in einen Selbstverantwortungsdruck, dem etliche nicht gewachsen sind. Bis heute existieren aufgrund der unterschiedlichen Sozialisationen zum Teil Mentalitätsdifferenzen im geeinten Deutschland, aus denen sich soziale, politische und kulturelle Anschauungsunterschiede definieren lassen.

Erklären diese Unterschiede heute den Erfolg der AfD? Sicherlich, in den ostdeutschen Bundesländern – mit Ausnahme Berlins – liegt sie in Umfragen bei über 20%. Doch auch im Westen erreicht sie, abgesehen von den Stadtstaaten, deutlich zweistellige Werte. Deshalb hilft es uns meiner Meinung nach nicht, jetzt einzelne Regionen als besonders gefährdet anzusehen.

Ich möchte meinen Vortrag deshalb nun damit schließen, warum ich die AfD bundesweit für eine Gefahr halte, welche Gründe es für ihr Erstarken gibt und welche Lehren wir daraus ziehen sollten. Bitte verstehen Sie meine Gedanken als eine Form der Anregung. Ich erwarte keine vorbehaltlose Zustimmung. Aber vielleicht können Sie einzelne Ideen mit nach Hause nehmen, die Ihnen etwas Mut machen, für jene Bundesrepublik einzutreten, die wir heute feiern.

Meine Damen und Herren,

die AfD ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Sie steht nicht im Geringsten für jene Ideale von Einheit, Recht und Freiheit, welche die friedliche Revolution der epochalen Monate zwischen dem Mauerfall und der Wiedervereinigung ausmachten. Im Gegenteil: Sie spricht von „Altparteien“ und „Systemparteien“. Sie verachtet eine offene Gesellschaft, in der zuerst zählt, was jeder beiträgt, nicht wo jemand herkommt. Sie will die Bundesrepublik, wie wir sie kennen und heute feiern, abschaffen. Es ist deshalb der blanke Hohn, eine groteske Verzerrung der Tatsachen, wenn sich diese Partei den Ruf „Wir sind das Volk“ anzueignen versucht.

Die AfD ist keine Gefahr für unsere Demokratie, weil sie Probleme anspricht. Das darf man, die gibt es. Die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit schützt jede Meinung, die sich innerhalb des Rahmens des Grundgesetzes bewegt. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung schützt sogar jene Kräfte, die selbige Ordnung abschaffen wollen, solange diese Kräfte ihre Ziele nicht gewalttätig

verfolgen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinen Entscheidungen zu einem NPD-Verbot jene weite Auslegung der Meinungsfreiheit bestätigt.

In den vergangenen Wochen haben wir aber erlebt, dass wesentliche Teile der AfD diese Grenze nicht nur antasten, sondern sie überschreiten. Nichts anderes stellt die Teilnahme von Leuten wie Höcke an Kundgebungen mit Pegida dar, auf denen auch der Hitlergruß gezeigt wird. Es verbietet sich, die abstoßenden Parolen, die dort skandiert wurden, zu wiederholen.

Jeder, der hier mitmarschiert, muss sich bewusst sein, dass er oder sie Teil einer öffentlich zur Schau gestellten Abkehr von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist. Dafür gibt es keine Entschuldigung und dafür habe ich auch kein Verständnis.

Die AfD ist eine Gefahr, weil sie Angstreflexe bedient. Sie bietet keine Lösungen oder Alternativen. Ja sie hat gar nicht den Anspruch, einen schöpferischen, politischen Gestaltungswillen in die Tat umzusetzen. Oder kennen Sie das AfD-Rentenkonzept, Vorschläge der AfD zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums oder Ideen für eine sozial-marktwirtschaftliche Arbeitswelt im Angesicht der Digitalisierung?

Diesen Unwillen, ja diese Unfähigkeit, Verantwortung zu übernehmen, müsste die Union schonungslos offenlegen. Wenn Höcke mit den Neonazis marschiert, dann ist das der Skandal. Die zwar bemerkenswerten, aber vor allem dusseligen Äußerungen eines Behördenleiters dagegen sind Anlass für ein Vorgesetztengespräch, nicht für drei Wochen Koalitionskrise.

Meine Damen und Herren,

häufig ist von der Vielzahl an besorgten Bürgerinnen und Bürgern zu lesen, die mit einem Kreuz bei dieser Partei den etablierten bundesrepublikanischen Parteien des Nachkriegsdeutschlands einen Denkkzettel verpassen wollen. Gerne wird diese Form des Verständnisses mit einer Kritik an den Spitzen der Koalitionsparteien und der politischen Eliten insgesamt kombiniert.

Ich glaube, dass diese Beschwichtigungen angesichts der verfassungsfeindlichen Haltung von wesentlichen Teilen der AfD inzwischen zu kurz greifen. Bei aller

Kritikwürdigkeit rein machtopportunistisch getriebener Politik: Die Schafe erteilen dem Schäfer keine Lektion, wenn sie den Wolf wählen.

Wenn nicht als Politiker, so muss ich doch als Bürger jene kritisieren dürfen, die heute noch eine AfD wählen oder wählen wollen, die ohne jeden Zweifel in großen Teilen das politische System der Bundesrepublik ablehnt. Wenn es also heißt, dass die Kritik dieser Menschen ernst genommen werden muss, dann stimme ich dem zu und ergänze: Da ich nicht nur ihre Kritik, sondern diese Menschen selbst als mündige Bürger ernst nehme, müssen sie es aushalten, wenn ich ihnen widerspreche. Wer am politischen Diskurs teilnimmt, muss auch Widerspruch aushalten! Anders wird es in einer Demokratie nicht gehen.

Meine Damen und Herren,

ich selbst teile übrigens den in der Bevölkerung verbreiteten Pessimismus mit Blick auf unsere Eliten nicht und schon gar nicht mit Blick auf unsere Parteien als Ganzes. Denn Berlin ist nicht die CDU, und diese Erkenntnis gilt für alle Parteien im Bundestag.

Die überwiegende Mehrheit der politischen Verantwortungsträger sind Ehrenamtler, sie sitzen in kommunale Räten und örtlichen Parteivorständen. Deshalb widerspreche ich der Ansicht, dass in unserem politischen System keine Möglichkeit bestünde, „denen da oben“ zu zeigen, wie die Basis wirklich denkt.

Wir haben vor wenigen Tagen erlebt, wie die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in freier Ausübung ihres Mandats einen neuen Vorsitzenden gewählt haben gegen den Willen der Parteivorsitzenden.

Noch viel deutlicher werden die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe und die Offenheit der Parteien aber auf der lokalen Ebene. Viele von Ihnen tragen Verantwortung im politischen Ehrenamt. Die Altersstruktur vieler Räte wird einen unvermeidlichen Generationswechsel erfordern. Aber die Reihen an jungen Menschen in den Parteien sind so dünn, dass ein gleitender Übergang mit der Weitergabe des Wissens zwischen den Generationen vielerorts sehr schwierig sein wird. Das bedeutet aber auch: Es war nie einfacher, politische Verantwortung zu übernehmen.

Die Übernahme von Verantwortung bedeutet aber immer auch, sich bereit zu finden, eine Last zu tragen. Hier erkenne ich eher grundsätzliche Missstände, die ein Erstarken der politischen Ränder ermöglichen.

Meine Damen und Herren,

ich kann Ihnen nicht wirklich abschließend erklären, wie es zu den starken Umfragewerten der politischen Ränder kommt. Zwei Faktoren halte ich jedoch für wesentlich:

1.) Ich glaube, dass wir unser Land schlechter sehen als es ist.

Und:

2.) Die sozialen Medien als Orte öffentlicher und halböffentlicher Diskurse sind unzureichend, um komplexe Entscheidungen in repräsentativen Demokratien zu treffen und anschließend zu vermitteln.

Wie komme ich zu diesen Thesen?

1.)

Die LINKE und die AfD kommen in aktuellen Umfragen zusammen auf 30%. Das politische Programm beider Parteien erschöpft sich darin, den nahenden Zusammenbruch unserer Gesellschaft zu beschwören. Ob nun wegen einer angeblich drohenden kulturellen Entfremdung oder wegen des angeblich drohenden Abdriftens Millionen Werktätiger in Armut und soziale Kälte. Ich persönlich vermag beides nicht zu erkennen. Denn das Land, in dem ich lebe, ist eines der Chancen, nicht der Gefahren.

Wir sind auf dem Weg zur Vollbeschäftigung, Exportweltmeister, in internationalen Umfragen eines der lebenswertesten Länder auf diesem Planeten, Sehnsuchtsort für mehrere Millionen Menschen auf dem afrikanischen Kontinent, wichtigster Staat innerhalb der Europäischen Union, die im Verbund mit unserem Grundgesetz über 70 Jahre Frieden und Freiheit garantiert.

Stehen wir vor Herausforderungen? Gewiss! Aber jede Generation tut dies. Das Leben ist voller Herausforderungen. Es wäre doch schlimm, wenn es nicht so wäre!

Um den Unwägbarkeiten des Lebens gerecht zu werden, hilft es aber nur, sich einzubringen. Der französische Résistance-Kämpfer, Überlebende des Konzentrationslagers Buchenwald und spätere UN-Diplomat Stéphane Hessel schrieb 2010 im Alter von 92 Jahren den viel beachteten Essay „Empört Euch!“. Und er merkte schnell, das reicht nicht! Deshalb legte er ein Jahr später nach und verfasste den Aufruf „Engagiert Euch!“.

Dies führt mich zu meinem 2. Punkt:

Wir leben in einer Zeit, in der Gefällt-mir-Klicks und drei Minuten Aufwand bis zum Unterzeichnen einer Online-Petition zur Basisdemokratie verklärt werden. Diese Verklärung ist übrigens wechselseitig. Das Online-Volk hält seine Klicks für unmittelbar zu exekutierende Handlungsanweisungen, egal wie komplex die Sachlage ist. Und viele Politikerinnen und Politiker unterwerfen sich dieser selbstreferenziellen Stimmungsmache oder – schlimmer noch – instrumentalisieren die Aufregung für eigene Zwecke.

Meine Damen und Herren,

diese Entwicklung macht mir wirklich Sorgen! In den Vereinigten Staaten müssen wir miterleben, wie die politische Auseinandersetzung in weiten Teilen und ausgehend vom Präsidenten verroht ist. Beliebtestes Medium der präsidentialen Verdammungen ist der Kurznachrichtendienst Twitter. Nun kann man streiten, ob die sozialen Netzwerke Ursache oder Symptom dieser Entwicklung sind, vermutlich sind sie beides zugleich.

Mir macht diese Entwicklung aber vor allem deutlich, dass zu viele von uns Grundregeln der repräsentativen Demokratie verlernt haben:

- Nicht alle Fragen lassen sich basisdemokratisch lösen, wenn sie 80 Millionen Menschen oder mehr betreffen. Deswegen wählen wir unsere Abgeordneten und statten sie mit einem zeitlich gebundenen, aber starken Mandat aus.
- Zum Ringen um Mehrheiten gehört es auch, Allianzen zu bilden und Absprachen zu treffen. Das ist keine Hinterzimmerdemokratie, sondern notwendige Vorbereitung von komplexen Entscheidungsprozessen. Wichtig ist dann hinterher, ob die Motive für eine Entscheidung redlich und ihr Zustandekommen nachvollziehbar ist. Man kann aber nicht jede Verhandlung unter dem Brennglas der Öffentlichkeit führen.

- Parteien sind nicht das Übel unseres Staates. Artikel 21 unseres Grundgesetzes legt fest: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.“
Und ich ergänze: Vor allem stehen sie jedem offen. Natürlich kann man nicht erwarten, nach Eintritt in eine Partei am nächsten Tag zum Kandidaten für Bürgermeisterämter oder Parlamentsmandate auserkoren zu werden. Aber unsere Parteien schließen niemanden davon aus, diesen Weg zu gehen.
- Und mein letzter Punkt: Politische Beteiligung – ob in einer Partei oder einer anderen Form von Interessenvertretung – lebt vom aktiven Mitmachen der Einzelnen. Dieses Mitmachen erschöpft sich nicht darin, den Daumen auf dem Smartphone zu bewegen.

Es gilt der Ausspruch des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben [...].“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!